



Dienstag, 14. April 2026, 16:00 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

Geteilt und beherrscht

Vermeintlich Aufgewachte und sogenannte Schlagschafe werden im Interesse der Macht immer wieder gegeneinander gehetzt.

von Felix Feistel
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Master1305, OPOLJA)

Die deutsche Gesellschaft ist tief gespalten, so liest und hört man es immer wieder. Auf der einen Seite sind die sogenannten Rechten, die das Böse in Person darstellen, auf der anderen Seite die vermeintlichen

Demokraten, die sich schützend vor unsere Freiheit stellen und sie gegen das Böse verteidigen. Diese Spaltung aber ist das erwünschte Ergebnis einer zielgerichteten Intervention der Macht. Die Menschen werden auf diese Weise immer wieder gegeneinander in Stellung gebracht, ohne der Macht an sich gefährlich werden zu können.

Wenn man sich die politische Situation in Deutschland heute anschaut, muss man immer wieder feststellen: Die Strategie von „Teile und herrsche“ funktioniert tadellos. Die Herrschenden setzen seit jeher alles daran, die ihnen Unterworfenen in partikulare Gruppen zu spalten und gegeneinanderzuhetzen. Und das beherrschte Volk lässt sich immer wieder bereitwillig spalten, gegeneinanderhetzen und einfache Lösungen in Form von Ablösung bis hin zu Abschaffung des als „Gegner“ ausgemachten Teils der Bevölkerung verkaufen. Dieses Phänomen zieht sich durch alle Bevölkerungsschichten und alle politischen Spektren, die selbst ein Paradebeispiel für dieses Prinzip von „Teile und herrsche“ darstellen.

So wurde ein sich selbst als links bezeichnender, akademischer Teil der Gesellschaft unter der Beschwörung einer „Gefahr von rechts“ gegen die Coronaopposition aufgehetzt mit der Folge, dass dieser akademische Teil den Coronafaschismus widerspruchlos hinnahm.

Mit den plumpsten Floskeln von „Solidarität“ ließen sie sich in den Dienst des Staates stellen, den sie sonst vorgeblich so ablehnten, um die Maßnahmenpolitik wie auch den Impfzwang zu unterstützen und gegen die Opposition auf der Straße zu verteidigen.

Die Maßnahmengegner wiederum wurden so sehr in die Naziecke gedrängt, dass sie zur Wahl der AfD, die sich nach einigem anfänglichen Zögern noch dazu als einzige Opposition aufspielte, geradezu gedrängt wurden.

Dabei war diese Naziecke am Anfang kaum mehr als eine Unterstellung. Nur weil medial insinuiert wurde, dass auf den Demos gegen die Maßnahmen auch dunkle Gestalten – man munkelte „Rechtsextremisten“ – gesehen wurden, und weil dieses „Rechts“ ohnehin ein unscharfer Begriff ist, in den sich alles hineinprojizieren lässt, galten die Maßnahmendemos schnell als „rechts“. So wurden die Demonstranten dann auch abgestempelt – mit dem Ergebnis, dass dieses Schlagwort jeden Schrecken verlor und sich die solchermaßen etikettierten Menschen schließlich selbst als „rechts“ bezeichneten, obwohl sie zuvor vielleicht nie auf diese Idee gekommen wären. Da ihnen ohnehin eine Nähe zur AfD unterstellt wurde, legte man ihnen auf diese Weise medial nahe, diese Partei doch zu wählen, die ja ohnehin die einzige war, die sich offen gegen die Maßnahmenpolitik stellte.

Auf diese Weise wurden Sympathien für alles geweckt, das nach „rechts“ klang, da man sich da angeblich für Freiheit und gegen Unterdrückung einsetzte. Damit wurden auch andere „rechte“ Themen in die Bewegung eingebracht: Ablehnung der Gender-Ideologie, der Klimawandelideologie, und damit auch aller ökologischer Bestrebungen, sowie Ablehnung von Flüchtlingen und anderen Zuwanderern. Auf dieser ideologischen Gesamtmischung konnte dann die AfD zu neuer Größe erwachsen und Wahlergebnisse einfahren, von denen sie zuvor nur hatte träumen können. Zudem fiel nach rechts hin jede vorher vorhandene Abgrenzung. Gleichzeitig wurde damit alles verteufelt, was irgendwie nach „links“ klang, denn die totalitäre Regierungspolitik wurde faktenwidrig als „links“ oder „sozialistisch“ gebrandmarkt, mit der Folge einer weit verbreiteten Ablehnung von sozialen oder ökologischen Themen sowie einer Verherrlichung des „freien

Marktes“, also einer Ideologie, welche die Gesellschaft schon seit Jahrzehnten umkremplelt und die erst die Bedingungen geschaffen hat, unter denen die Coronadiktatur überhaupt erst möglich, aber auch notwendig wurde.

Im Ergebnis führt das dazu, dass die Reste dieser Protestbewegung heute Seit an Seit **mit echten Nazis** (<https://www.youtube.com/watch?v=ucbSopj43vY>) auf die Straße gehen können, um für „Frieden“, oder „für Deutschland“ zu demonstrieren, wie bei der sogenannten Friedensdemonstration Ende April 2025 in Berlin. Dabei ist es sehr wahrscheinlich, dass es sich bei diesen Nazis tatsächlich größtenteils um den Verfassungsschutz handelt. Denn dieser hat die „rechte Szene“ seit Jahren **so unterwandert** (<https://taz.de/Debakel-um-Verfassungsschutz/!5080850/>), dass eine solche rechte Szene ohne Verfassungsschutz gar nicht in der Weise existieren würde. Wir erinnern uns: Das NPD-Verbot scheiterte seinerzeit, weil die Partei vom Verfassungsschutz gar nicht zu trennen war. Diese Gruppen waren zudem ziemlich aus dem Nichts aufgetaucht und haben den Protest schnell übernommen. Dabei haben sie ganz offen rechtsradikale bis neonazistische Symbole zur Schau gestellt – ein gefundenes Fressen für die Presse, um jede Friedensdemonstration zu delegitimieren und eine neue Bedrohung von rechts an die Wand zu malen. In der Folge erging nur wenige Tage später die Einstufung der AfD durch den Bundesverfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“. Das wiederum bringt die Unterstützer dieser Partei weiter auf die Barrikaden gegen die Regierung und bestätigt zumindest scheinbar die sogenannten Linken, die sich antifaschistisch gebären. Damit wird zur weiteren Bekämpfung des angeblichen Rechtsextremismus geblasen und die AfD mit diesem verklammert, sodass eine Bekämpfung dieser Partei unter dem Mantel der Bekämpfung des Rechtsextremismus erleichtert und gefördert wird – auch unter Zuhilfenahme der sich selbst als „Antifa“ bezeichnenden Schlägerbanden. Dass das **Verwaltungsgericht Köln Anfang 2026**

https://nrwe.justiz.nrw.de/ovgs/vg_koeln/j2026/13_L_1109_25_Beschluss_20260226.html) in einem Eilverfahren vorläufig beschlossen hat, dass der Verfassungsschutz die AfD nicht mehr als „gesichert rechtsextrem“ einstufen dürfe, spielt dabei selbst dann keine Rolle, wenn dieser Beschluss im Hauptsacheverfahren bestätigt würde. Der Stempel ist bereits aufgedrückt.

Ebenso ist rechter Terror – man denke an den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) – wohl hauptsächlich ein Ergebnis der Arbeit des Verfassungsschutzes. Bis heute ist die Verstrickung der staatlichen Behörden in diese angeblich vollkommen unabhängige und nur aus drei Menschen bestehende Terrororganisation ungeklärt. Es gibt aber Details, die nahelegen, dass der NSU ein vom Verfassungsschutz gebildeter Arm war, der die terroristische Bedrohung von rechts inszenieren sollte. Schon allein die merkwürdigen **Todesumstände der beiden Uwes** (https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistischer_Untergrund#Erweiterter_Suizid_der_beiden_Hauptt%C3%A4ter), die sich in ihrem Wohnwagen selbst erschossen und den Wohnwagen daraufhin angezündet haben sollen, ebenso wie die in den Trümmern des Wohnwagens noch gefundenen „Bekennervideos“ sprechen Bände und sind typisches Zeichen einer Geheimdienstoperation. **Hinzu kommt die eilige Vernichtung von Akten** (<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-10/verfassungsschutz-urteil-nsu-akten-vernichtung>) nach der „Selbstenttarnung“ des NSU durch den Verfassungsschutz. Auch die in zahlreichen Untersuchungsausschüssen simulierte Aufarbeitung konnte bis heute die **wesentlichen Fragen nicht beantworten** (<https://www.blaetter.de/ausgabe/2018/januar/von-aufklaerung-keine-spur-20-jahre-nsu-komplex>).

Aufgrund der Verwicklungen des Verfassungsschutzes mit der sogenannten rechten Szene kann durchaus der Verdacht aufkommen, dass die diversen Angriffe auf Flüchtlingsheime, die sich in den Jahren seit 2015 ereigneten, Teil einer staatliche

Inszenierung sein könnten. So blieb beispielsweise ein mutmaßlicher Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Bautzen **bis heute unaufgeklärt**

(https://de.wikipedia.org/wiki/Fl%C3%BCchtlingsfeindliche_Ausschreitungen_in_Bautzen#:~:text=Der%20Hintergrund%20des%20Brandes%20blieb,nicht%20jedoch%20die%20allgemeinen%20Ermittlungen.). Dabei gingen die Behörden von Anfang von einer Tat mit „rechtsextremistischen“ Hintergrund aus, konnten aber trotz umfangreicher Überwachung der Szene durch den Verfassungsschutz – so umfangreich, dass Verfassungsschutz und Rechtsextremisten kaum voneinander zu trennen sind – die Täter nicht fassen. Der Verdacht liegt nahe, dass es der Verfassungsschutz selbst war, der diese Anschläge entweder durchführte oder zumindest dazu ermutigte.

Auf diese Weise wird politisches Kapital aufgebaut, das dazu dient, die Bevölkerung zu spalten und große Narrative einzuführen, etwa das einer Bedrohung von rechts. Diese wiederum dienen dazu, die Gesellschaft in interne Kämpfe zu verwickeln, gut zu beobachten auch bei der **Friedensdemonstration in Berlin Ende April 2025**

(https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=hm_YWYvM6bE). Hier zogen erkennbare Neonazigruppen mit der Friedensdemonstration, was die sogenannte Antifa auf den Plan rief, die nichts Dringlicheres zu tun hatte, als eine Friedensdemo zu bekämpfen, anstatt sich selbst für Frieden zu engagieren.

Gleichzeitig werden die Erzählungen sogenannter Rechter gefüttert, indem eine Vielzahl von Flüchtlingen, vornehmlich aus muslimischen Ländern, nach Europa, speziell Deutschland, gebracht werden, **zur Not auch per Flugzeug eingeflogen**

(https://www.focus.de/politik/deutschland/mit-aufnahmezusage-flugzeug-mit-afghanen-auf-dem-weg-nach-deutschland_effab88e-5653-4da3-ac87-4e6d910d8a07.html). Und das, nachdem man jahrelang die Angst vor dem islamistischen

Terror geschürt hatte.

Seit dem 11. September 2001 wurde das Bild einer islamistischen Bedrohung aufgebaut, indem Terrorgruppen im Ausland als große Gefahr für den Westen dargestellt wurden. Sie hassten, so die Erklärung, „unsere Freiheit“ – der gemeine Coronamaßnahmengegner schüttelt sich vor Lachen – und hätten es wahlweise darauf abgesehen, uns alle zu töten oder zu islamisieren und uns ihre Sitten aufzuzwingen.

So entfesselte man Kriege „gegen den Terror“, Kriege, die Millionen von Menschen das Leben kosteten und große Flüchtlingswellen in Gang setzten.

Dabei wurde dieser Terror, wie der **pakistanische Verteidigungsminister Khawaja Asif** (<https://freedert.online/asien/243524-pakistans-verteidigungsminister-dschihad-wurde-vom/>) vor einiger Zeit erklärte, vom Westen selbst geschaffen. So wurden viele der negativen Eigenschaften, die man den muslimischen Zuwanderern anlastet, etwa die Idee des Dschihad, erst vom Westen erzeugt, die Muslime durch Krieg und Unterdrückung radikalisiert und terroristische Gruppen wie al-Qaida, der Islamische Staat (IS) oder auch die Hamas durch großzügige Unterstützung des Westens und Israels überhaupt erst aufgebaut. Beispielsweise waren al-Qaida und deren ehemaliger Anführer Osama Bin Laden ein Produkt der US-amerikanischen CIA, um die Sowjetunion in Afghanistan zu bekämpfen. Auch der IS wurde von den USA und Großbritannien in Zusammenarbeit mit israelischen Geheimdiensten aufgebaut, um den nahen Osten zu destabilisieren, Regimewechsel durchzuführen und Vorwände für allerlei militärische Interventionen zu bekommen. Die Hamas wiederum wurde vom israelischen Mossad mit kräftiger finanzieller Unterstützung durch die israelische Regierung geschaffen, um die linksgerichtete und damit potenziell

sozialistische Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zu schwächen, die aufgeklärten Palästinenser durch religiösen Extremismus als engstirnige, fanatische und rückschrittliche Barbaren erscheinen zu lassen und das Risiko eines Sozialismus in Israel zu senken.

Doch diese terroristischen Organisationen dienen nicht allein dem Zweck, im Ausland Kriege zu legitimieren und Herrscher auszutauschen. Auch im Inland dienen sie der teile-und-herrsche-Strategie. Sie sollen hierzulande nämlich eine Gefahr durch Terrorismus, die medial grob überzeichnet wird, konstituieren und damit die Akzeptanz für neue staatliche Durchgriffsbefugnisse sowie eine Militarisierung der Polizei schaffen. Seitdem wurden die Überwachungsmaßnahmen ausgebaut, ebenso wie die Kontrollinstrumente – man denke nur an die harschen Kontrollen an Flughäfen, die verschärften Polizeigesetze und den zunehmenden Einsatz von KI und Überwachung durch die Behörden.

Dazu bringt man Menschen aus muslimischen Ländern in Massen in das eigene Land, zur Not auch durch eine **eigens herbeigeführte Flüchtlingskatastrophe** (<https://tkp.at/2024/04/16/die-instrumentalisierung-von-migration-und-flucht/>). Denn erinnern wir uns: Die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015 wäre voll und ganz vermeidbar gewesen. Die hauptsächlich syrischen Flüchtlinge, die ihr Land hatten verlassen müssen, weil vom Westen aufgebaute Terrororganisationen einen Regime Change in Syrien anstrebten und dabei das Land in einen Bürgerkrieg verwickelten, hatten zuvor längere Zeit in Flüchtlingslagern nahe der syrischen Grenze gelebt. Es zeichnete sich allerdings ab, dass die Versorgung der Flüchtlinge durch die entsprechende Organisation der Vereinten Nationen (UN) an ihre Grenzen kam. Diese bat die Mitgliedsstaaten um weitere finanzielle Hilfen, um die Versorgung der Flüchtlinge aufrechterhalten zu können. Die Mitgliedsländer, auch Deutschland unter Angela Merkel, verweigerten jedoch die notwendige

Unterstützung, in vollem Bewusstsein der Konsequenzen.

Denn was sollten Menschen, die seit Jahren in einem Lager leben, schon tun, wenn ihnen die Versorgung ausgeht, sie in ihr Heimatland aber nicht zurückkehren können? Sie machen sich auf den Weg an einen anderen Ort, vorzugsweise einen Ort, an dem sie willkommen geheißen werden, und genau das hat die EU, allen voran Deutschland, getan. Unter großem propagandistischen Aufwand wurde eine **Willkommenskultur etabliert** (<https://tkp.at/2024/07/22/reihe-migration-flucht-die-mediale-krise/>), die allerdings nicht alle Menschen erfasste und das auch nie sollte. Teile der sogenannten Linken haben sich voll und ganz in diese staatlich verordnete „Willkommenskultur“ eingemeindet – was ein Omen für die spätere Coronadiktatur hätte sein können – und diese auch vehement gegen Kritik verteidigt, unter anderem durch Demonstrationen „gegen rechts“. Denn alle, die Kritik an der Zuwanderung äußerten, wurden schon damals in das rechte Lager gerückt, und so vertiefte sich die Spaltung von links und rechts.

Diese vorgeblich rechten Kritiker wiederum, oftmals selbst vom System im Stich gelassen und abgehängt, erlebten eine Welle der Solidarität gegenüber vollkommen Fremden, die keinen Bezug zu Deutschland hatten, während sie selbst, die seit Jahrzehnten in Deutschland lebten, von denselben Medien, Politikern und Menschen im Stich gelassen und ignoriert wurden.

Es ist keine Überraschung, dass sie mit Ablehnung gegenüber den Flüchtlingen, aber auch den pseudolinken Willkommenskulturisten reagierten, die sich teilweise bis hin zu offenem Hass auswachsen konnte, wobei Letzterer dem Großteil der Kritiker lediglich unterstellt wurde.

Diese Ablehnung steigerte sich noch, da die Migration genutzt wurde, um ein Lohndumping in Deutschland einzuführen. Denn es

war der Arbeitgeberverband, der Zuwanderung wollte und sich gleichzeitig dafür einsetzte, **den Mindestlohn für Flüchtlinge auszusetzen** (<https://tkp.at/2024/04/16/die-instrumentalisierung-von-migration-und-flucht/>). Flüchtlinge werden vorzugsweise im Niedriglohnbereich eingestellt, der in der heimischen Bevölkerung eher unbeliebt ist, gerade weil hier wenig angesehene und dreckige Arbeiten zu geringen Löhnen geleistet werden sollen. Anstatt die Löhne anzuheben und die Bedingungen zu verbessern, werden die Posten einfach mit Migrant*innen besetzt – mit der Folge, dass deutsche Arbeitslose weniger Jobangebote bekommen. Allerdings werden auch viele Flüchtlinge in einem ewigen Verwaltungsverfahren gefangen gehalten, das sie aufgrund mangelnder Arbeitserlaubnis zur Untätigkeit und Langeweile verdammt. Gleichzeitig aber werden für einen großen Teil der Flüchtlinge die Hürden des Zugangs zum Sozialsystem drastisch gesenkt. Die Folge ist, dass viele von staatlichen Leistungen abhängig sind, was in der heimischen Bevölkerung den Eindruck erweckt, dass man diesen Menschen alles hinterherwerfen würde, ohne dass sie sich anstrengen müssten, während den Deutschen selbst überall Steine in den Weg gelegt und Leistungen verweigert werden. So steigert man effektiv die ablehnende Haltung eines Teils der Bevölkerung gegenüber Migrant*innen.

Hinzu kommen diverse Terroranschläge, bei denen sich ebenfalls der Verdacht aufdrängt, dass es sich um Inszenierungen diverser Geheimdienste handelt. Zu nennen ist beispielsweise der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz im Dezember 2016. Der Täter Anis Amri wurde nicht nur vom Verfassungsschutz beobachtet, nein, er wurde auch von Beamten selbst nach Berlin gefahren, und verdächtigerweise **vergaß er seinen Ausweis in der Fahrerkabine des LKW, der zum Tatwerkzeug wurde** (<https://www.rbb-online.de/kontraste/themen/verfassungsschutz-war-staerker-mit-breitscheidplatz-attentaeter-.html>). Zuvor hatten schon Anschläge in Frankreich und Spanien die Welt erschüttert.

Allerdings ist es nicht unbedingt notwendig, jeden Anschlag als Geheimdienst selbst durchzuführen. Es genügt ja einfach, durch Krieg und Flucht nachhaltig traumatisierte und dem Westen aus nachvollziehbaren Gründen feindlich gesinnte Menschen in großer Zahl nach Europa zu bringen. Irgendjemand wird schon durchdrehen. Zur Not wird er sanft in diese Richtung geschubst und in die Radikalisierung getrieben.

Denn dass Menschen, deren Heimatland in Schutt und Asche gebombt wurde, die vielleicht sogar Familienangehörige im Bombenhagel oder durch Drohnenangriffe verloren haben, den Täterländern gegenüber nicht so wohl gesonnen sind, kann nun wahrlich nicht überraschen. So sind sie leichte Beute für die Radikalisierung durch terroristische Netzwerke, die, wir erinnern uns, von westlichen Geheimdiensten gegründet wurden, und lassen sich durch diese radikalisieren. Immerhin befinden sie sich durch ihr Handeln aus ihrem Verständnis im Widerstand gegen die imperialistischen Aggressoren, als die USA, Großbritannien, Israel und EU in der Heimatregion dieser Menschen nun einmal auftreten. Der Schritt zu Anschlägen und Angriffen ist dann nur noch ein kleiner und wird durch die traumatisierende Fluchterfahrung und die Frustration durch das Leben in der Flüchtlingsunterkunft noch erleichtert.

Auch die nicht aus Kriegsgebieten eingewanderten Menschen sind **oftmals eher Problemfälle** (https://www.youtube.com/watch?v=_6ObCGaKTwI). Nicht selten sind sie schon in ihren Heimatländern negativ aufgefallen, beispielsweise kriminell geworden, und sind daher eher auf der Flucht vor der Justiz in ihrem Heimatland – so erklären es zumindest einige Stimmen, die engen Kontakt zu Migranten haben. Solche Menschen, die eventuell auch zu Gewalt neigen, werden dann auch hierzulande eher kriminell, als dass sie sich gut integrieren. So ist es kein Wunder, dass die Zahl der Messerangriffe zunimmt, wobei man annehmen kann, dass auch die Berichterstattung überproportional zunimmt, um die Deutschen

gegen die Flüchtlinge und Migranten insgesamt aufzubringen.

Diese Anschläge werden hierzulande daher zumindest bewusst in Kauf genommen, wenn nicht gar selbst provoziert, auch um einen Vorwand für Machtanmaßung, Kontrolle und Überwachung zu bekommen, aber auch, um die **Bevölkerung erneut zu spalten** (<https://tkp.at/2024/09/08/teile-und-herrsche-islamismus-debatte-als-machtstrategie/>). Denn hier stellen sich vermeintlich Linke auf die Seite der ausschließlich als Opfer wahrgenommenen Flüchtlinge und verteidigen sie und ihre Verbrechen, die ja durchaus stattfinden, gegen Kritik, welche wiederum als „rechts“ eingeordnet wird. Die solchermaßen als rechts Diffamierten wiederum, die auf diese Weise Sympathien bis weit ins rechtsradikale Spektrum aufbauen, erleben dann diese „Linken“ gemeinsam mit den Flüchtlingen als Feinde – die im Zweifelsfall alle bekämpft werden müssen.

Auf diese Weise radikalisiert sich alle Seiten in ihrer Selbstdarstellung als „die Guten“, die „auf der richtigen Seite“ stehen und sich und ihre Landsleute gegen „die anderen“ verteidigen müssen. Und so eskaliert eine Gewaltspirale, die von Behörden mit angeschoben wird, aber auch von Politik und Medien auf allen Seiten. Denn hier werden Angstnarrative gefüttert.

Es wird die Angst vor den Flüchtlingen aufgebauscht, die Angst vor dem Islam, die Angst vor dem Rechtsextremismus, die Angst vor dem Linksextremismus. Und Menschen, die in Angst leben, sind unfähig, logisch strukturiert zu denken und sich von dieser Angst unbeeinflusst Urteile zu bilden. Sie lassen sich von der Angst treiben, und steigern sich über ihre Angst in Wut und Hass, **und zwar auf allen Seiten**

(<https://www.manova.news/artikel/furchtet-euch-2>).

Da radikalisiert sich die vorgeblichen Linken und gehen **mit**

Hämmern auf „Rechte“ los

<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/linksextreme-hammerbande-raedelsfuehrer-100.html>), während die radikalisierten Rechten die „rote Pest“ ausrotten wollen – zur Not ebenfalls mit Gewalt. Dazwischen befinden sich die Migranten, die zu einem großen Teil Opfer der Gewalt westlicher Staaten sind, sich teilweise in Radikalisierung hineintreiben lassen und sich als Widerstandskämpfer gegen den Westen erleben oder aber schlicht psychotisch sind und durchdrehen. Auch wenn die vorgebliche Linke diesen Menschen gegenüber wohlwollend eingestellt ist, so ist ihnen das im Regelfall herzlich egal. Sie unterscheiden bei ihrer Gewalt, die es unleugbar gibt, nicht zwischen links und rechts, sondern allenfalls zwischen „Muslim“ und „nicht Muslim“, wobei es im Islam wiederum unzählige Strömungen gibt, die sich zum Teil gegenseitig bis aufs Blut bekämpfen. Was dann auch die Antwort auf die oft gestellte Frage liefert, warum Muslime nicht in andere muslimische Länder flüchten. Sie können es nicht, weil sie dort Gewalt, Unterdrückung und der Tod erwarten würden.

Diese ganze Situation, in der angebliche Rechte zum Rechtsextremismus getrieben und gegen Linke und Migranten aufgehetzt, in der Migranten gegen Europäer gehetzt und „Linke“ gegen „Rechte“ gehetzt werden, wird schrittweise zur Eskalation getrieben. Sie ist Teil der teile-und-herrsche-Strategie der Herrschenden, die zur Not **einen Bürgerkrieg als Teil des Klassenkampfes von oben** (<https://tkp.at/2024/08/16/buergerkrieg-als-klassenkampf-von-oben/>) provozieren.

Und auch die durch den Coronafaschismus vermeintlich Aufgewachten lassen sich in diese teile-und-herrsche-Strategie mit hineinziehen und spielen so der Macht in die Karten. Und das, obwohl sie doch so „aufgewacht“ sind. Doch dieser Aufwachprozess ist irgendwo auf der Strecke stehen geblieben und verleitet die nur angenommen Aufgewachten dazu, als Protest gegen die

herrschenden Zustände einfach die AfD zu wählen, die ebenfalls längst vom Verfassungsschutz unterwandert ist. Dabei wandern sie in das sogenannt rechte Lager ab. Dieses wiederum erstarrt und wird daher, bevor es zu stark wird, ebenfalls wieder gespalten. Das kann man derzeit an der Spaltung des rechten Lagers **über die Frage des Kriegs gegen den Iran beobachten** (<https://www.ueberrechts.de/p/iran-angriffe-reaktionen-afd-rechte>). Während die AfD-Spitze hier standhaft bleibt und den Angriff der USA und Israels auf den Iran als völkerrechtswidrig und falsch bezeichnet, stellt sich ein Teil der rechten Medienlandschaft und der intellektuellen Stimmen der Szene hinter die USA und Israel. Die Konfliktlinie verläuft hier zwischen den von interessierten Kreisen finanziell ausgestatteten Personen und Medien und jenen, die ihre Arbeit aus ernsthafter, moralischer Überzeugung leisten. Es tut sich dieselbe Spaltung auf, die das linke Lager schon vor Jahren zwischen Antiimperialisten und Zionisten erlebte. Die Spaltung geht auch durch die größte Oppositionspartei AfD, die über diesen Hebel mittelfristig auf die herrschende Linie gebracht werden könnte und damit ihre Kraft als Opposition verlöre – so sie diese jemals hatte.

Das Geheimnis ist, dass alle sich bekämpfenden Gruppierungen – Islamisten, vermeintliche Antifaschisten, die rechten Parteien und rechtsextreme Kreise – ein Produkt staatlicher Behörden sind. Sie werden genutzt, um beständige Bedrohungen „unserer Demokratie“ heraufzubeschwören und sie demonstrativ zu bekämpfen. Zur Not kann man auch die Opposition dem ein oder anderen Lager zugehörig erklären. So sind die Coronamaßnahmegegner als rechts gebrandmarkt worden, während diese wiederum die Antifa und die Regierung als Sozialisten oder Linke bezeichnet hat – ein Narrativ, an das eine AfD-Regierung anknüpfen kann, um unter umgekehrten Vorzeichen dieselben Machtstrategien anzuwenden und nun die Opposition als Sozialisten zu bekämpfen.

Aber die Spaltung geht noch weiter, da über die Israelfrage

diejenigen, die den Krieg und das Handeln dieses Staates ablehnen, als Antisemiten verschrien werden, während sich die andere Seite zur moralischen Stimme aufschwingt, die angeblich aus der deutschen Vergangenheit gelernt habe.

Das ganze Theater lässt sich auf diese Weise immer wieder umdrehen und von vorne beginnen. Es ist ein ewiger Kampf, der von Anfang an nichts als eine Fiktion ist, indem die Menschen in den Glaube versetzt werden, dass sie einem Lager angehören müssten, das dann als einzig wahrer Vertreter der einzig wahren Wahrheit empfunden wird, die gegen das böse „andere“ verteidigt werden muss.

Und die vermeintlich Aufgewachten fallen ebenso darauf herein, wie die „Schlafschafe“. Nur dass sie sich in unterschiedliche Lager einsortieren und sich fanatisch gegenseitig bekämpfen. Dabei merken sie gar nicht, wie sie benutzt und beherrscht werden und Oligarchen und Konzerne sie in einen neuen Feudalismus führen. So stießen die eingeführten Bezahlkarten, die für Flüchtlinge das Bargeld ersetzen sollen und ihre Ausgaben vollkommen transparent machen können, bei den angeblichen Aufgewachten auf breite Akzeptanz, wobei es sich nur um den ersten Schritt in die völlige Transparenz sämtlicher Bezahlvorgänge aller Menschen handelt, also um einen Schritt, der die Akzeptanz für technokratische Überwachung steigern soll. So werden auch die geschürten Vorurteile und Abneigungen der Opposition genutzt, um sie wieder an das System zu binden und ihnen den beabsichtigten Kurs dieses Systems unter anderen Vorzeichen zu verkaufen.

Und genau darauf fällt ein großer Teil jedweder Opposition zu allen Zeiten immer wieder herein.



Felix Feistel, Jahrgang 1992, studierte Rechtswissenschaften mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht. Schon während seines Studiums war er als Journalist tätig; seit seinem Staatsexamen arbeitet er hauptberuflich als freier Journalist und Autor. So schreibt er für **manova.news** (<https://www.manova.news/>), **apolut.net** (<https://apolut.net/>), **die Freie Medienakademie** (<https://www.freie-medienakademie.de/>) sowie auf seinem eigenen **Telegram-Kanal** (https://t.me/Felix_Feistel). Eine Ausbildung zum Traumatherapeuten nach der Identitätsorientierten Psychotraumatheorie und -therapie (IoPT), erweiterte sein Verständnis von den Hintergründen der Geschehnisse auf der Welt.